

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 14.02.2012

Genossenschaften stärken - Regionale Wirtschaftskreisläufe fördern - Demokratie beleben

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

- I. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat das Jahr 2012 zum Internationalen Jahr der Genossenschaften erklärt. Damit soll der Beitrag der Genossenschaften hervorgehoben werden, den sie für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung leisten. Insbesondere soll ihr Verdienst in den Mittelpunkt gerückt werden, Armut zu verringern, Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten sowie soziale Integration zu fördern.

Weltweit sind 800 Mio. Menschen, darunter in Deutschland 20 Mio. Frauen und Männer, Mitglied in Genossenschaften. In Niedersachsen wiederum gab es Ende 2010 insgesamt 1 684 000 Genossenschaftsmitglieder. Das sind rund 20 % der Bevölkerung.

Die genossenschaftlichen Unternehmen in der Bundesrepublik sind ein bedeutender wirtschaftlicher und sozialer Faktor. Insgesamt stellen sie ca. 800 000 Arbeitsplätze, darunter in Niedersachsen 22 800 Arbeitsplätze, zur Verfügung.

Genossenschaften sind von ihrem Ursprung solidarische Selbsthilfeorganisationen. Die Mitglieder einer Genossenschaft haben im Grundsatz das gleiche Stimmrecht. Genossenschaften sind gelebte Demokratie. Die Genossenschaftsmitglieder sind Anteilseigner und Nutzer der Genossenschaft gleichzeitig. In einer Wohnungsbaugenossenschaft beispielsweise sind die Mieter ihre eigenen Vermieter. Damit erhalten 2,8 Mio. Genossenschaftsmitglieder, darunter 214 000 in Niedersachsen, die Möglichkeit, „Miteigentümer“ einer Wohnung zu sein und in den Genuss bezahlbaren und guten Wohnraums zu gelangen.

Genossenschaften sichern und stabilisieren wie keine andere Unternehmensform regionale Wirtschaftskreisläufe und fördern lokale Beschäftigung. Sie haben sich als sehr krisen- und insolvenzfest erwiesen. Genossenschaften haben die Förderung ihrer Mitglieder, einschließlich deren sozialer und kulturellen Belange, zum Hauptzweck (MemberValue-Prinzip). Sie orientieren sich daher nicht, wie Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung, vordergründig an Renditehöhe, Quartalszahlen oder kurzfristigen Verzinsungen. Genossenschaftsanteile sind nicht am Kapitalmarkt handelbar. Daher kann es auch nicht zu feindlichen Übernahmen kommen. Nicht ohne Grund sind die Volks- und Raiffeisenbanken, gemeinsam mit den Sparkassen, anders als viele private Kreditinstitute, erfolgreich und ohne staatliche Finanzhilfen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen.

Nach jahrelang rückläufiger Entwicklung der Anzahl der Genossenschaften ist seit dem Jahr 2009 ein beginnender Aufschwung bei Genossenschaftsgründungen feststellbar (jährlich rund 200 Neugründungen). Begünstigt wurde dies durch eine grundlegende Novelle des Genossenschaftsgesetzes im Jahr 2006, die Neugründungen in bis dato nicht bekannten Anwendungsbereichen wie Kultur, Energie, IT oder für Freiberufler ausdrücklich ermöglicht. So wurden seither auch in Niedersachsen gute Erfahrungen gewonnen in der Gründung von Bürger-Energiegenossenschaften. In Hannover wiederum wurde eine viel beachtete Genossenschaft „Die Kommunikationsgenossen“ gegründet, die ihren Kunden mit Erfolg Kommunikationskonzepte aus einer Hand anbietet. Die Analyse und Verallgemeinerung der Erfahrungen aus diesen Neugründungen seitens der Niedersächsischen Landesregierung ist allerdings kaum ausgeprägt. Daher wird auch das Potenzial des Genossenschaftsgedankens in Niedersachsen noch nicht annähernd ausgeschöpft.

Mit der Novelle des Genossenschaftsgesetzes 2006 ist es allerdings auch zu einer Verschlechterung von Rahmenbedingungen für Genossenschaften gekommen. Vor allem wurde in nicht hinnehmbarer Weise die Angleichung der genossenschaftlichen Rechtsform an Kapitalgesellschaften wie Aktiengesellschaften oder GmbH vorangetrieben. Genossenschaften wurden auch für investierende Mitglieder geöffnet und damit zugelassen, dass in einigen Bereichen einzelne Mitglieder mehrere Stimmrechte auf sich vereinen können. Damit wurde sogar an einem Grundsatz des Genossenschaftsgedankens, dem Stimmrecht „eine Person, eine Stimme“ gerüttelt.

Auch diese Probleme wurden von der Landesregierung bislang unzureichend ausgewertet. Gegenüber der Bundesebene wurde daher auch nicht auf Veränderungen gedrungen. Seitens der Landesregierung fehlt eine konkrete Analyse der Wirksamkeit von Förderbedingungen für Genossenschaften in Niedersachsen.

- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bis zum 30. Juni 2012 mit Vertretern der Genossenschaften und der Genossenschaftsverbände einen „runden Tisch Genossenschaften“ zu organisieren. Ziel des „runden Tisches“ soll es sein, Handlungsaufträge für die Landesebene zu erarbeiten.

Ergebnisse des „runden Tisches“ könnten sein:

- a) eine Bundratsinitiative für die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes. Darin soll vor allem beantragt werden, die mit der Novelle 2006 vollzogene Angleichung der genossenschaftlichen Rechtsform an die Rechtsformen von Kapitalgesellschaften zurückzunehmen. Der Grundsatz „eine Person, eine Stimme“ soll wieder uneingeschränkt zur Geltung kommen.
- b) Einrichtung eines interministeriellen Arbeitskreises, der die Landesförderung ab 2013 verstärkt auf Genossenschaften sowie die von ihnen vertretene solidarische, gemeinwohlorientierte Wirtschaftsweise ausrichten soll. Im interministeriellen Arbeitskreis mitarbeiten sollen vor allem das Wirtschaftsministerium, das Finanzministerium, das Landwirtschaftsministerium, das Sozialministerium, das Energieministerium und das Kulturministerium.
- c) Maßnahmen für die Stärkung von Volks- und Raiffeisenbanken, die gemeinsam mit den Sparkassen die Hauptgaranten für die Stabilisierung des Finanzdienstleistungswesens in Niedersachsen sind.

Begründung

Eine im Januar 2012 veröffentlichte repräsentative Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) im Auftrag des Institutes für Genossenschaftswesen der Universität Münster zeigt, dass immerhin 83 % der Befragten in der Bundesrepublik den Begriff „Genossenschaften“ kennen und über die Hälfte darunter Genossenschaften eine gute oder sehr gute Bewertung gaben. Als die zentralen Merkmale einer Genossenschaft wurden von den Befragten genannt: 1. MemberValue-Orientierung, 2. Sehr niedrige Insolvenzquote, 3. Freiwilligkeit der genossenschaftlichen Mitgliedschaft. Zugleich deckte die repräsentative Befragung aber auch den deutlichen Informationsbedarf über Genossenschaften auf. Dieses sehr positive Ansehen von Genossenschaften in der Bevölkerung ist nach Expertenmeinung vor dem Hintergrund des erheblichen Ansehensverlustes gerade von Kapitalgesellschaften im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise zu sehen.

Das Wirken von Genossenschaften in Deutschland wird vom Genossenschaftsgesetz geregelt, das auf eine über 120-jährige Historie zurückblicken kann. Größere Novellen des Genossenschaftsgesetzes erfolgten lediglich in den Jahren 1973 und 2006. Gründungsväter des Genossenschaftsgedankens sind im Besonderen Wilhelm Friedrich Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch.

Etwa 2,2 Mio. der insgesamt rund 24 Mio. Mietwohnungen in Deutschland gehören Wohnungsbau-genossenschaften. Diese wiederum investieren jährlich etwa 3,4 Mrd. Euro in die Erweiterung bzw. Sanierung ihrer Bau- und Wohnsubstanz. Damit wird zugleich die örtliche Bauwirtschaft gefördert.

Die insgesamt 1 138 Volks- und Raiffeisenbanken in der Bundesrepublik gewährleisten mit ihrer regional verankerten Geschäftspolitik vor allem die Finanzierung des Mittelstandes, von Handwerk und Landwirtschaft sowie von vielfältigen Projekten im ländlichen Raum. Sie sind der mit Abstand wichtigste Finanzier regionaler Wirtschaftskreisläufe.

Weiterhin wird der genossenschaftliche Sektor in Deutschland vor allem von 3 604 landwirtschaftlichen Genossenschaften, 1 622 gewerblichen bzw. Dienstleistungsgenossenschaften sowie 219 Konsumgenossenschaften geprägt. Zunehmendes Gewicht erhalten in jüngster Zeit Genossenschaften auch im Bereich Kultur und Medien sowie im Rahmen von Zusammenschlüssen bei Freiberuflern.

Genossenschaften werden von Verbänden, die zugleich auch deren Prüfverbände sind, vertreten. In Niedersachsen bestehen der Genossenschaftsverband Frankfurt/Hannover, der Genossenschaftsverband Weser-Ems e. V. Oldenburg und der vdw Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft mit Sitz in Hannover.

Ursula Weisser-Roelle
Parlamentarische Geschäftsführerin